B e s c h e i n i g u n g

Ich bescheinige, dass die geänderten Bestimmungen des § 1 (Firma; Sitz) des anliegenden Gesellschaftsvertrages mit dem Beschluss über die Änderungen des Gesellschaftsvertrages und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten, vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen.

Musterstadt, 1. Juli 2025

gez. Notar Dr. Muster, L.S.

Dr. Muster, Notar

Gesellschaftsvertrag der YFN Beispiel GmbH

1 Firma; Sitz

1.1 Die Gesellschaft ist eine GmbH unter der Firma:

YFN Beispiel GmbH.

1.2 Sitz der Gesellschaft ist Musterstadt.

2 Unternehmensgegenstand

2.1 Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Maschinen und Zubehör zum Recyclen von Kunststoff.

2.2 Die Gesellschaft darf alle Geschäfte betreiben, die ihr notwendig oder sinnvoll erscheinen, um den Unternehmensgegenstand zu fördern.

2.3 Die Gesellschaft darf andere Unternehmen im In- oder Ausland errichten, pachten oder erwerben, sich an solchen anderen Unternehmen durch Übernahme von Anteilen oder sonstigen Beteiligungsrechten, auch unter Übernahme der persönlichen Haftung als Gesellschafter oder des Amtes des Geschäftsführers, beteiligen, und darf Zweigniederlassungen im In- oder Ausland errichten und schließen sowie Unternehmensverträge abschließen.

3 Stammkapital

3.1 Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 25000,00 (in Worten: Euro fünfundzwanzigtausend).

- 3.2 Das Stammkapital der Gesellschaft ist unterteilt in 25.000 (in Worten: fündundzwanzigtausend) Geschäftsanteile im Nennbetrag von jeweils EUR 1,00 (in Worten: Euro eins), mit den laufenden Nummern 1 bis 25000. Hiervon haben übernommen:

Musterperson Eins, Musterstadt: 9211 (in Worten: neuntausendzweihundertelf) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1-9211 im Nennbetrag von jeweils EUR 1 (in Worten: eins)

Musterperson Zwei, Musterstadt: 8947 (in Worten: achttausendneunhundertsevenundvierzig) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 9212-18158 im Nennbetrag von jeweils EUR 1 (in Worten: eins)

Musterperson Drei, Musterstadt: 2632 (in Worten: zweitausendsechshundertzweiunddreißig) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 18159-20790 im Nennbetrag von jeweils EUR 1 (in Worten: eins)

Musterperson Vier, Musterstadt: 1842 (in Worten: eintausendachthundertzweiundvierzig) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 20791-22632 im Nennbetrag von jeweils EUR 1 (in Worten: eins)

Musterperson Fünf, Musterstadt: 1447 (in Worten: eintausendvierhundertsevenundvierzig) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 22633-24079 im Nennbetrag von jeweils EUR 1 (in Worten: eins)

Musterperson Sechs, Musterstadt: 921 (in Worten: neunhunderteinundzwanzig) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 24080-25000 im Nennbetrag von jeweils EUR 1 (In Worten eins)

Die Nominalbeträge aller Geschäftsanteile werden sofort und in voller Höhe auf das Bankkonto YFN Beispiel GmbH eingezahlt. Sacheinlagen sind unzulässig.

4 Dauer; Geschäftsjahr

- 4.1 Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
- 4.2 Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr.

5 Geschäftsführer

- 5.1 Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- 5.2 Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafter bestellt und abberufen.
- 5.3 Bei dem Abschluss, der Änderung und der Beendigung von Dienstverträgen mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch die Gesellschafterversammlung vertreten.

6 Geschäftsführung

- 6.1 Die Geschäfte der Gesellschaft werden von den Geschäftsführern nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, dieses Gesellschaftsvertrags, einer etwaigen von den Gesellschaftern erlassenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung sowie der Beschlüsse der Gesellschafter geführt. Eine von den Gesellschaftern erlassene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung kann insbesondere einzelne Geschäfte bzw. Maßnahmen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung unterwerfen.
- 6.2 Die Gesellschafterversammlung kann den Geschäftsführern im Einzelfall durch Beschluss Weisungen erteilen. Die Geschäftsführer sind zur Beachtung der Weisungen der Gesellschafterversammlung verpflichtet und dürfen die in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung oder per Beschluss als zustimmungspflichtig bezeichneten Geschäfte nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung vornehmen.

7 Vertretung

- 7.1 Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.
- 7.2 Für den Fall, dass mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, kann die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss einzelne, mehrere oder alle Geschäftsführer zur Einzelvertretung ermächtigen.
- 7.3 Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
- 7.4 Die Ziffer 5.1 und Ziffern 7.1 bis 7.3 gelten für die Liquidatoren der Gesellschaft entsprechend.

8 Gesellschafterbeschlüsse

- 8.1 Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie ist für alle Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, die nicht ausdrücklich durch Gesetz, diesen Gesellschaftsvertrag, Geschäftsordnung oder Gesellschafterbeschluss einem anderen Organ übertragen worden sind.
- 8.2 Entscheidungen der Gesellschafterversammlung werden durch Gesellschafterbeschlüsse gefasst. Gesellschafterversammlungen sind in den gesetzlich vorgesehenen Fällen oder dann einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.
- 8.3 Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung mittels eingeschriebenen Briefes, Telefax oder E-Mail (in diesem Fall ist der Empfang zu bestätigen oder Zugang auf sonstige Weise elektronisch sicherzustellen und zu dokumentieren) an alle Gesellschafter unter Mitteilung der Tagesordnung spätestens vierzehn (14) Tage vor dem Tag der Gesellschafterversammlung. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf bis zu sieben (7) Tage verkürzt werden. Bei der Berechnung der jeweiligen Ladungsfrist werden der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet.
- 8.4 Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen ist und mindestens 75 % (in Worten: fünfundsiebzig Prozent) des Stammkapitals anwesend oder ordnungsgemäß vertreten sind. Ist letzteres nicht der Fall, so ist eine zweite Gesellschafterversammlung mit gleicher Ladungsfrist und gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist dann ohne Rücksicht auf das anwesende oder ordnungsgemäß vertretene Stammkapital beschlussfähig, wenn auf diese Rechtsfolge in der zweiten Ladung hingewiesen worden ist.
- 8.5 Gesellschafterversammlungen können auch mündlich bzw. telefonisch, insbesondere durch Telefon- und/oder Video-Konferenzschaltung, abgehalten werden, wenn sichergestellt ist, dass jeder Gesellschafter (i) an einer solchen Gesellschafterversammlung teilnehmen, (ii) den Ausführungen jedes anderen Gesellschafters folgen, und (iii) sich zu den jeweiligen Beschlussgegenständen äußern kann. Sofern nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, können die Gesellschafter Beschlüsse auch außerhalb einer Versammlung, d.h. durch schriftliche Abstimmung, im Umlaufverfahren, durch Brief, Telefax, E-Mail oder mündlich bzw. telefonisch, insbesondere durch Telefon- und/oder Video-Konferenzschaltung (soweit hierbei nicht alle Voraussetzungen für die Durchführung einer Gesellschafterversammlung gemäß vorstehendem Satz 1 erfüllt sind), fassen, wenn alle

Gesellschafter selbst oder ordnungsgemäß vertreten an der Abstimmung teilnehmen und wenn kein Gesellschafter diesem Verfahren widerspricht.

- 8.6 Über Gesellschafterbeschlüsse, die nicht notariell beurkundet werden müssen, ist (zu Beweis Zwecken, nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) eine von den Geschäftsführern (in vertretungsberechtigter Zahl) zu unterschreibende Niederschrift anzufertigen. Die Gesellschafter erhalten Abschriften dieser Gesellschafterbeschlüsse per E-Mail.
- 8.7 Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen Geschäftsführer, einen Mitgesellschafter oder einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten begleiten oder vertreten lassen. Die Vollmacht bedarf der Textform im Sinne von § 126b BGB.
- 8.8 Die Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen durch Klageerhebung ist nur innerhalb einer Frist von einem (1) Monat nach Absendedatum der E-Mail gemäß Ziffer 8.6 zulässig.

9 Mehrheitserfordernisse

- 9.1 Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern nicht das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag eine andere, z.B. höhere Mehrheit vorschreibt. Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt bei der Beschlussfassung eine (1) Stimme; Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.
- 9.2 Die folgenden Geschäftsführungs- und sonstigen Maßnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von mindestens 75 % (in Worten: fünfundsiebzig Prozent) abgegebenen Stimmen:
 - 9.2.1 Änderung, Ergänzung oder Ersetzung des Gesellschaftsvertrages;
 - 9.2.2 Umwandlungen der Gesellschaft im Sinne des Umwandlungsgesetzes (UmwG);
 - 9.2.3 Veräußerung des Gesellschaftsvermögens als Ganzes oder eines wesentlichen Teils oder ähnliche Maßnahmen, sei es im Wege eines einzelnen Geschäfts oder durch verschiedene zu einander in Bezug stehende Geschäfte;
 - 9.2.4 Entscheidungen über die Liquidation, Auflösung oder jedwede sonstige freiwillige oder unfreiwillige Abwicklung der Gesellschaft;
 - 9.2.5 Einleitung eines Insolvenzverfahrens oder Schutzschirmverfahrens auf eigenen Antrag (es sei denn, es besteht eine zwingende rechtliche Verpflichtung zur Antragstellung);

- 9.2.6 Erhöhungen oder Herabsetzungen des Stammkapitals der Gesellschaft und jede Ausgabe von Geschäftsanteilen;
- 9.2.7 Abschluss von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 AktG, von Joint-Venture-Vereinbarungen und ähnlichen Vereinbarungen zum Zwecke der Kooperation, einschließlich Verträgen, die eine wesentliche Einschränkung potenzieller unternehmerischer Aktivitäten der Gesellschaft zur Folge haben können;
- 9.2.8 wesentliche Änderungen, Erweiterungen, Erwerbe, Einschränkungen oder Veräußerungen, Schließungen und Aufgaben von Tätigkeitsgebieten oder Geschäftszweigen oder die Aufnahme eines neuen Tätigkeitsgebiets oder Geschäftszweigs;
- 9.2.9 Änderung des Geschäftsgegenstands der Gesellschaft oder grundlegende Änderung der Geschäftsstrategie der Gesellschaft;
- 9.2.10 Einrichtung oder Abschaffung eines Beirats; Erhöhungen oder Herabsetzungen der Anzahl der Beiratsmitglieder;
- 9.2.11 Erlass oder Änderungen von Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung oder den Beirat;
- 9.2.12 Erteilung von Weisungen gegenüber der Geschäftsführung;
- 9.2.13 Implementierung eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms bei der Gesellschaft, bei dem virtuelle oder echte Geschäftsanteile oder Optionen an Mitarbeiter der Gesellschaft ausgegeben werden können, sowie jede nachträgliche Änderung eines bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsprogramms;
- 9.2.14 jedwede Geschäftsführungsmaßnahme, die nach einer von der Gesellschafterversammlung erlassenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung durch die Gesellschafter bedarf;
- 9.2.15 sämtliche Entscheidungen der Gesellschafterversammlung gemäß Ziffern 5 und 7, sowie die Zustimmung zu Verfügungen über Geschäftsanteile gemäß Ziffer 10;
- 9.2.16 Einziehung von Geschäftsanteilen; und
- 9.2.17 Vorbereitung oder Durchführung jedweder Maßnahme, die
 - 17.a zu einem Verkauf, einem Tausch, einer Einbringung oder einer sonstigen Übertragung in Bezug auf mehr als 50 % (in Worten: fünfzig Prozent) der

Geschäftsanteile an der Gesellschaft, gleich ob im Rahmen einer einzelnen oder einer Reihe von miteinander verbundenen Transaktionen mit engem zeitlichem Zusammenhang, führt; oder

17.b zu einem Verkauf, einer Übertragung (einschließlich der Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums), einer exklusiven Lizenzierung oder einer anderen Verfügung in Bezug auf das gesamte oder einen wesentlichen Teil des Vermögens der Gesellschaft führt, welcher mehr als 50 % (in Worten: fünfzig Prozent) des Verkehrswerts des gesamten Vermögens der Gesellschaft ausmacht; oder

17.c zu einer Fusion, Verschmelzung oder einer anderen Art von Umwandlung (mit Ausnahme eines bloßen Formwechsels, der sich nicht auf die Gesellschafterstruktur bei der Gesellschaft auswirkt), unabhängig vom jeweils anwendbaren Recht, führt, vorausgesetzt, dass die Gesellschafter der Gesellschaft im Anschluss an die Durchführung der Fusion, Verschmelzung oder anderen Art von Umwandlung 50 % (in Worten: fünfzig Prozent) oder weniger der Geschäftsanteile oder Stimmrechte am jeweiligen übernehmenden Rechtsträger auf sich vereinen.

9.3 Die in Ziffer 9.2 genannten Geschäftsführungs- und sonstigen Maßnahmen bedürfen auch dann der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von mindestens 75 % (in Worten: fünfundsiebzig Prozent) der abgegebenen Stimmen, wenn sie eine Gesellschaft betreffen, an der die Gesellschaft mehr als 50 % (in Worten: fünfzig Prozent) der Anteile oder Stimmrechte hält (eine „Tochtergesellschaft“), sodass die Geschäftsführung der Gesellschaft in der Lage ist, Einfluss auf oder Kontrolle über die Tochtergesellschaft auszuüben.

10 Verfügung über Geschäftsanteile

10.1 Die Abtretung, Übertragung und Belastung (z.B. Verpfändung) von Geschäftsanteilen und jede sonstige Verfügung zugunsten Dritter hierüber bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

10.2 Die in Ziffer 10.1 getroffene Regelung gilt für jede Art von Verfügung über Geschäftsanteile, z.B. auch für treuhänderische Verfügungen und die Einräumung von Unterbeteiligungen an Geschäftsanteilen sowie Einbringungsvorgänge.

11 Einziehung von Geschäftsanteilen

- 11.1 Die Gesellschaft kann Geschäftsanteile nach Maßgabe dieser Ziffer 11 gegen Einziehungsvergütung gemäß Ziffer 12 einziehen.
- 11.2 Die freiwillige Einziehung von Geschäftsanteilen mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters ist jederzeit und ohne Einschränkungen nach Ziffer 11.3 zulässig.
- 11.3 Die Zwangseinziehung von Geschäftsanteilen gegen den Willen des betroffenen Gesellschafters ist nur statthaft, wenn einer der nachfolgenden wichtigen Gründe vorliegt:
 - 11.3.1 Grobe Verletzung der gesellschaftsvertraglichen Pflichten durch einen Gesellschafter, die dessen Ausschluss als Gesellschafter rechtfertigen würde, wenn die Verletzung nicht innerhalb von vier (4) Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch die Gesellschaft oder einen anderen Gesellschafter behoben worden ist;
 - 11.3.2 Grobe Verletzung von Pflichten aus schuldrechtlichen Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern, wenn die Verletzung nicht innerhalb von vier (4) Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch die Gesellschaft oder einen anderen Gesellschafter behoben worden ist;
 - 11.3.3 Pfändung eines Geschäftsanteils aufgrund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Titels, wenn die Pfändung nicht innerhalb von drei (3) Monaten wieder aufgehoben wird;
 - 11.3.4 Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Gesellschafters oder dessen Ablehnung mangels Masse;
 - 11.3.5 Eintritt eines sonstigen wichtigen Grundes in der Person eines Gesellschafters, welcher einen weiteren Verbleib des Gesellschafters in der Gesellschaft dauerhaft unzumutbar macht.
- 11.4 Steht der Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten zu, genügt es, wenn die in Ziffer 11.3 genannten Voraussetzungen der Zwangseinziehung bei nur einem von ihnen vorliegen.
- 11.5 Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung erklärt. Sie bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Der von der Entscheidung betroffene Gesellschafter ist dabei vom Stimmrecht ausgeschlossen.

- 11.6 Die Einziehung wird wirksam mit Zugang des Einziehungsbeschlusses bei dem betroffenen Gesellschafter, ohne dass es der Zahlung der Einziehungsvergütung nach Ziffer 12 bedarf.
- 11.7 Anstelle der Einziehung kann die Gesellschafterversammlung wahlweise verlangen, dass der betroffene Gesellschafter seine Geschäftsanteile an die Gesellschaft oder an einen oder mehrere Gesellschafter oder Dritte überträgt. Dies ist im Beschluss festzuhalten. Die Regelungen über die Vinkulierung (Ziffer 10) gelten in diesem Falle nicht. Im Falle der Abtretung ist die Einziehungsvergütung gemäß Ziffer 12 von dem/den Abtretungsempfänger(n) zu entrichten. Die Gesellschaft wird unter Befreiung vom Verbot des Selbstkontrahierens und der Mehrfachvertretung gemäß § 181 BGB bevollmächtigt und ermächtigt, den betroffenen Gesellschafter in Zusammenhang mit der Übertragung der Geschäftsanteile des betroffenen Gesellschafters in Vollzug des Gesellschafterbeschlusses gemäß dieser Ziffer 11.7 zu vertreten.
- 11.8 Beschließt die Gesellschafterversammlung eine Einziehung, so soll sie (ohne dass dies Wirksamkeitsvoraussetzung der Einziehung wäre) in dem Beschluss zugleich darüber beschließen, wie die durch die Einziehung entstehende Lücke zwischen der Summe der Nennbeträge der Geschäftsanteile und der Höhe des Stammkapitals ausgeglichen wird. Sie kann dabei entweder eine Anpassung der Summe der Geschäftsanteile an das Stammkapital durch Aufstockung bzw. Ausgabe neuer Geschäftsanteile oder – soweit rechtlich möglich – eine Anpassung der Höhe des Stammkapitals an die Summe der verbliebenen Geschäftsanteile beschließen.

12 Einziehungsvergütung

- 12.1 Jede Einziehung von Geschäftsanteilen erfolgt gegen Vergütung nach Maßgabe dieser Ziffer 12. Ziffer 11.6 bleibt unberührt.
- 12.2 Die Berechnung der Einziehungsvergütung erfolgt nach Maßgabe der Ziffern 12.2.1 bis 12.2.5.
- 12.2.1 Die Einziehungsvergütung entspricht in allen Fällen der Ziffer 11 dem niedrigeren Wert (i) des Verkehrswerts der eingezogenen Geschäftsanteile oder (ii) des gemäß nachfolgenden Ziffern 12.2.2 bis 12.2.5 ermittelten Werts der eingezogenen Geschäftsanteile (letzteres der „Anteilige Buchwert“).
- 12.2.2 Der Anteilige Buchwert ist zunächst aus dem Nominalwert aller Geschäftsanteile, zuzüglich offener Rücklagen, zuzüglich Jahresüberschuss und Gewinnvortrag, abzüglich Jahresfehlbetrag und Verlustvortrag zu ermitteln. Hiervon ist derjenige

Teilbetrag zugrunde zu legen, der der prozentualen Beteiligung der eingezogenen Geschäftsanteile am Stammkapital entspricht. Stichtag für diese Ermittlung ist der letzte Bilanzstichtag, der dem Einziehungsbeschluss vorausgeht. Stille Reserven oder ein Firmenwert (Goodwill) werden nicht berücksichtigt.

- 12.2.3 Von dem gemäß Ziffer 12.2.2 ermittelten Betrag ist ein Betrag in Höhe desjenigen Anteils am Gewinn der Gesellschaft abzuziehen, wie er in der maßgeblichen Stichtagsbilanz ausgewiesen und an den ausscheidenden Gesellschafter ausgeschüttet wird oder ausgeschüttet worden ist.
- 12.2.4 Der sich gemäß den Ziffern 12.2.2 und 12.2.3 ergebende Betrag ist zeitanteilig für jeden vollen Kalendermonat des zum Zeitpunkt des Ausscheidens laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft bis zum Ende des der Einziehung des Geschäftsanteils vorangehenden Kalendermonats um ein Zwölftel des anteiligen Jahresüberschusses oder Jahresfehlbetrages (§ 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB) zu vermehren oder zu vermindern, der sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft zum nächstfolgenden Bilanzstichtag ergibt.
- 12.2.5 Nachträgliche Änderungen der Jahresabschlüsse der Gesellschaft aufgrund steuerlicher Außenprüfungen oder aus anderen Gründen bleiben ohne Einfluss auf den nach Maßgabe der Ziffern 12.2.2 bis 12.2.4 ermittelten Anteiligen Buchwert.
- 12.2.6 Falls sich der betroffene Gesellschafter und die Gesellschaft nicht auf den Verkehrswert der eingezogenen Geschäftsanteile verständigen können, soll eine von der Gesellschaft beauftragte unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Schiedsgutachter im Wege eines Schiedsgutachtens im engeren Sinne über den Verkehrswert der eingezogenen Geschäftsanteile nach Maßgabe von § 317 BGB entscheiden. Die Bewertung der Geschäftsanteile soll im Einklang mit den zum maßgeblichen Zeitpunkt vom IPEV Board vertretenen Bewertungsrichtlinien (*International Private Equity and Venture Capital Valuation Guidelines*) vorgenommen werden. Die Bestimmung des Verkehrswertes der eingezogenen Geschäftsanteile durch den Schiedsgutachter ist unanfechtbar, endgültig und bindend; § 319 BGB findet keine Anwendung. Die zur Bestimmung des Verkehrswerts der eingezogenen Geschäftsanteile entstandenen Kosten sind von der an den betroffenen Gesellschafter zu zahlenden Einziehungsvergütung abzuziehen.
- 12.3 Soweit die Einziehungsvergütung gemäß Ziffer 12.2.1 dem nach Maßgabe der Ziffern 12.2.2 bis 12.2.5 ermittelten Anteiligen Buchwert entspricht, und die Ermittlung der Einziehungsvergütung nach Ziffer 12.2 (insbesondere der Höhe nach) unwirksam oder (im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung) anpassungsbedürftig sein sollte, beträgt die

Einziehungsvergütung 50 % (in Worten: fünfzig Prozent) des Verkehrswertes der eingezogenen Geschäftsanteile. Soweit auch diese (angepasste) Einziehungsvergütung (insbesondere der Höhe nach) unwirksam oder (im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung) anpassungsbedürftig sein sollte, beträgt die Einziehungsvergütung 75 % (in Worten: fünfundsiebzig Prozent) des Verkehrswertes der eingezogenen Geschäftsanteile.

13 Zahlung der Einziehungsvergütung

- 13.1 Die Einziehungsvergütung ist in drei (3) gleichen Raten zahlbar, wobei die erste Rate sechs (6) Monate nach dem Zeitpunkt fällig ist, zu dem die Einziehung wirksam geworden ist. Jede weitere Rate ist sechs (6) Monate nach Fälligkeit der vorangehenden Rate zu bezahlen. Sofern der Betrag der Einziehungsvergütung bei Fälligkeit der Zahlungen noch nicht bestimmt werden kann, hat die Gesellschaft aufgrund einer Schätzung angemessene Abschlagszahlungen zu leisten. Die Gesellschaft ist jederzeit berechtigt, die Einziehungsvergütung ganz oder teilweise vor Fälligkeit zu bezahlen.
- 13.2 Der gemäß dem Ratenzahlungsplan noch nicht bezahlte Teil der Einziehungsvergütung ist grundsätzlich unverzinslich. Falls, soweit und solange Zahlungen gegen § 30 Abs. 1 GmbHG oder § 64 S. 3 GmbHG verstoßen würden, gelten Zahlungen auf den Hauptbetrag als unverzinslich gestundet. Der ausscheidende Gesellschafter ist nicht berechtigt, Sicherheitsleistung für die Einziehungsvergütung zu verlangen.

14 Vorerwerbsrecht

- 14.1 Beabsichtigt ein Gesellschafter (nachfolgend für Zwecke dieser Ziffer 14 der „Veräußerungswillige Gesellschafter“), alle oder einen Teil der von ihm gehaltenen Geschäftsanteile an der Gesellschaft zu veräußern, so steht den übrigen Gesellschaftern (nachfolgend für Zwecke dieser Ziffer 14 jeweils ein „Vorerwerbsberechtigter Gesellschafter“) im Verhältnis ihrer jeweiligen Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft ein Vorerwerbsrecht nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu (nachfolgend für Zwecke dieser Ziffer 14 das „Vorerwerbsrecht“). Soweit einzelne Geschäftsanteile wegen Unteilbarkeit nach dem vorgenannten Verhältnis einem Vorerwerbsberechtigten Gesellschafter nicht voll zugewiesen werden können, entscheidet über die Zuweisung, soweit sich die Vorerwerbsberechtigten Gesellschafter hierüber nicht einvernehmlich einigen, das Los.
- 14.2 Der Veräußerungswillige Gesellschafter hat die beabsichtigte Veräußerung den Vorerwerbsberechtigten Gesellschaftern spätestens einen (1) Monat vor dem Wirksamwerden der beabsichtigten Veräußerung unter Angabe der beabsichtigten Bedingungen der Anteilsveräußerung (z.B. durch Übersendung eines mit einem Erwerber verhandelten Letter

of Intent, Memorandum of Understanding, Term Sheet oder Anteilskaufvertrags) in Textform mitzuteilen (nachfolgend die „Veräußerungsanzeige“). Eine per Post oder Kurier versandte Veräußerungsanzeige gilt spätestens drei (3) Tage nach ihrer Absendung als zugegangen.

- 14.3 Das Vorerwerbsrecht ist durch schriftliche Erklärung über die Ausübung des Vorerwerbsrechts gegenüber allen anderen Gesellschaftern auszuüben. Die Frist zur Ausübung des Vorerwerbsrechts beträgt einen (1) Monat ab Zugang der Veräußerungsanzeige beim jeweiligen Gesellschafter (Ausschlussfrist) (die „Ausübungsfrist“).

Üben einzelne Vorerwerbsberechtigte Gesellschafter ihr Vorerwerbsrecht aus, andere aber nicht oder nicht rechtzeitig, so wächst das Vorerwerbsrecht derjenigen Vorerwerbsberechtigten Gesellschafter, die das Vorerwerbsrecht nicht oder nicht rechtzeitig ausgeübt haben, denjenigen Vorerwerbsberechtigten Gesellschaftern – wiederum im Verhältnis ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft zueinander – zu, die das Vorerwerbsrecht ausgeübt haben bzw. noch fristgerecht ausüben. Diese Vorerwerbsberechtigten Gesellschafter haben sich innerhalb einer Frist von weiteren zwei (2) Wochen nach dem Ablauf der Ausübungsfrist gegenüber allen anderen Gesellschaftern schriftlich darüber zu erklären, ob sie auch das ihnen angewachsene Vorerwerbsrecht ausüben.

Durch die Ausübung des Vorerwerbsrechts kommen nur dann rechtsgültige Verträge über den Verkauf bzw. den Erwerb der Geschäftsanteile, die der Veräußerungswillige Gesellschafter zu veräußern beabsichtigt, zustande, wenn durch die Ausübung des Vorerwerbsrechts sämtliche von dem Verkaufswilligen Gesellschafter zur Veräußerung gestellten Geschäftsanteile an der Gesellschaft vollständig verteilt werden.

- 14.4 Werden durch die Ausübung des Vorerwerbsrechts nicht sämtliche von dem Verkaufswilligen Gesellschafter zur Veräußerung gestellten Geschäftsanteile an der Gesellschaft vollständig verteilt, ist der Veräußerungswillige Gesellschafter grundsätzlich berechtigt, über die von ihm zur Veräußerung gestellten Geschäftsanteile an der Gesellschaft frei zu verfügen, und die Vorerwerbsberechtigten Gesellschafter werden ihre Zustimmung zu der durch den Veräußerungswilligen Gesellschafter beabsichtigten Veräußerung zum frühestmöglichen Zeitpunkt erteilen.

15 Jahresabschluss; Gewinnverwendung

- 15.1 Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie die Beschlussfassung über Änderungen der bestehenden Bilanzierungsgrundsätze bei der Gesellschaft obliegt der Gesellschafterversammlung.

- 15.2 Für die Aufstellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft durch die Geschäftsführung und dessen Feststellung durch die Gesellschafterversammlung sowie hinsichtlich der Gewinnverwendung gelten, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag nichts anderes geregelt ist, die gesetzlichen Bestimmungen.
- 15.3 In der Bilanz des aufzustellenden Jahresabschlusses ist gemäß § 5a Abs. 3 Satz 1 GmbHG eine gesetzliche Rücklage zu bilden, in die ein Viertel des um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses einzustellen ist. Die Rücklage darf nur für die in § 5a Abs. 3 Satz 2 GmbHG genannten Zwecke verwandt werden.
- 15.4 Über die Verwendung des nach Rücklagenbildung gem. Ziffer 15.3 verbleibenden Jahresergebnisses (Summe aus Jahresüberschuss und Gewinnvortrag abzüglich Verlustvortrag) oder – soweit einschlägig – über die Verwendung des Bilanzgewinns entscheidet die Gesellschafterversammlung spätestens bis zum Ablauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres.
- 15.5 Die Gesellschafterversammlung kann durch einstimmigen Beschluss sämtlicher Gesellschafter die Gewinne der Gesellschaft abweichend von der gesetzlichen Gewinnverteilung, die sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile richtet, verteilen (§ 29 Abs. 3 Satz 2 GmbHG).

16 Gründervesting

- 16.1 Die von den Gründer-Gesellschaftern (wie nachfolgend definiert) oder ihren jeweiligen Rechtsnachfolgern [*bzw. den Erwerbenden der von den Gründer-Gesellschaftern übernommenen Geschäftsanteile an der Gesellschaft*] (für Zwecke dieser Ziffer 16 auch der/die „Vesting-Veräußerer“) – gehaltenen Geschäftsanteile an der Gesellschaft (die „Vesting-Anteile“) sind Gegenstand der nachfolgenden Vestingbestimmungen und der Vereinbarung zur aufschiebend bedingten Übertragung an die Gesellschaft oder, auf Verlangen einer Mehrheit der übrigen Gesellschafter oder soweit eine Übertragung an die Gesellschaft gesetzlich nicht zulässig ist, an die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligungen an der Gesellschaft (die Gesellschaft bzw. die übrigen Gesellschafter nachfolgend für Zwecke dieser Ziffer 16 die/der „Vesting-Übernehmer(in)“):

„Gründer-Gesellschafter“	Dem Vesting unterliegende Vesting-Anteile (Beginn des Vestingzeitraumes)
Musterperson Eins	8000
Musterperson Zwei	7000

Musterperson Drei	1000
Musterperson Vier	1000
Musterperson Fünf	250
Musterperson Sechs	-

Vesting-Bedingungen	
„ <u>Beginn des Vestingzeitraums</u> “	1.10.2025
„ <u>Vestingzeitraum</u> “	48 Monate ab Beginn des Vestingzeitraums

16.2 Bis zum Beginn des Vestingzeitraums sind alle Vesting-Anteile „Ungevestete Anteile“ im Sinne dieser Ziffer 16. Die Vesting-Anteile vesten – vorbehaltlich Ziffer 16.3 – während des Vestingzeitraums wie folgt (Vesting-Anteile, die nach Maßgabe dieser Ziffer 16 vesten die „Gevesteten Anteile“):

16.2.1 Bis zum Beginn des Vestingzeitraums vesten keine Vesting-Anteile und alle Vesting-Anteile sind Ungevestete Anteile.

16.2.2 Hat bis zum ersten Tag des Vestingzeitraumes kein Leaver-Event stattgefunden, gelten jeweils 1000 (Tausend) der Vesting-Anteile jedes Gesellschafters, bzw. alle, sofern der Gesellschafter weniger als 1000 ungevestete Anteile besitzt, als Gevestete Anteile.

- 16.2.3 Für jeden vollen Monat des Vestingzeitraums, in dem kein Leaver-Event stattgefunden hat, vesten je 62 Vesting-Anteile jedes Gesellschafters, der noch über ungevestete Anteile verfügt und gilt als Gevesteter Anteil.
- 16.2.4 Hat bis zum Ablauf des Vestingzeitraums kein Leaver Event stattgefunden, gelten alle Vesting-Anteile als Gevestete Anteile.
- 16.3 Mit Eintritt eines Leaver Events werden keine weiteren Ungevesteten Anteile nach dieser Ziffer 16 gevestet. Ein „Leaver Event“ meint, bezogen auf den jeweiligen Gesellschafter, jedes der nachfolgenden Ereignisse:
 - 16.3.1 Der Gründer-Gesellschafter oder (im Falle einer juristischen Person) ein Organvertreter des Gründergesellschafters wurde aus wichtigem, von ihm zu vertretendem Grund als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen; oder
 - 16.3.2 der Gründer-Gesellschafter oder ein Angehöriger des jeweiligen Gründer-Gesellschafters oder (im Falle einer juristischen Person) ein Organvertreter des Gründergesellschafters, legt sein Amt als Geschäftsführer der Gesellschaft ohne wichtigen, von der Gesellschaft zu vertretenden Grund nieder; oder
 - 16.3.3 die Gesellschaft hat den Geschäftsführeranstellungsvertrag oder sonstigen Anstellungs- oder Dienstvertrag (einschließlich Freelancer- oder Beratungsvertrag) mit dem Gründer-Gesellschafter oder (im Falle einer juristischen Person) einem Organvertreter des Gründergesellschafters aus wichtigem, von diesem zu vertretendem Grund beendet oder gekündigt; oder
 - 16.3.4 der Gründer-Gesellschafter oder (im Falle einer juristischen Person) ein Organvertreter des Gründergesellschafters hat den Geschäftsführeranstellungsvertrag oder sonstigen Anstellungs- oder Dienstvertrag (einschließlich Freelancer- oder Beratungsvertrag) mit der Gesellschaft ohne wichtigen, von der Gesellschaft zu vertretenden Grund beendet oder gekündigt; oder
 - 16.3.5 Tod oder dauernde Berufsunfähigkeit eines für die Gesellschaft tätigen Gründer-Gesellschafters.
- 16.4 Aufschiebend bedingt auf den Eintritt sämtlicher Vesting-Bedingungen gemäß Ziffer 16.5, verkauft und überträgt der Vesting-Veräußerer bereits hiermit alle von ihm zum Zeitpunkt des Eintritts sämtlicher Vesting-Bedingungen gehaltenen Ungevesteten Anteile gegen Zahlung der Vesting-Gegenleistung den jeweiligen Vesting-Übernehmer (Verkauf und

Übertragung der Ungevesteten Anteile zusammen die „Vesting-Übertragung“). *Beginnend mit der niedrigsten laufenden Nummer der Vesting-Anteile sind die betreffenden Geschäftsanteile mit fortlaufend nach oben verlaufender Nummer bis zum Erreichen der zu errechnenden Anzahl von dieser Abtretung umfasst. Sofern die Anzahl der betreffenden Geschäftsanteile nicht glatt durch 1 (in Worten: eins) teilbar ist, ist die erste Stelle des Nennbetrags hinter dem Komma wenn < 5 (in Worten: fünf) abzurunden und wenn ≥ 5 (in Worten: fünf) aufzurunden.* Der jeweilige Vesting-Übernehmer nimmt die Vesting-Übertragung bereits hiermit an. Auf Verlangen des jeweiligen Vesting-Übernehmers ist die Vesting-Übertragung notariell zu beurkunden.

16.5 Die Vesting-Übertragung durch den Vesting-Veräußerer gemäß Ziffer 16.4 steht unter den folgenden aufschiebenden Bedingungen (zusammen die „Vesting-Bedingungen“):

16.5.1 Eintritt eines Leaver Events.

16.5.2 Zugang der Mitteilung der Gesellschaft oder eines Gesellschafters beim Vesting-Veräußerer in Textform, dass ein Leaver Event eingetreten ist (die „Vesting-Mitteilung“).

Die Vesting-Mitteilung muss dem Vesting-Veräußerer spätestens innerhalb von drei (3) Monaten nach Eintritt des Leaver Events zugehen. Eine per Post oder Kurier versandte schriftliche Vesting-Mitteilung gilt spätestens drei (3) Tage nach ihrer Absendung als zugegangen. Die Gesellschaft und die (übrigen) Gesellschafter sind über die Versendung der Vesting-Mitteilung unverzüglich zu informieren.

In der Vesting-Mitteilung sind auch (i) die laufenden Nummern der Vesting-Anteile, hinsichtlich derer die Vesting-Übertragung erfolgen soll, (ii) die Person des/der Erwerber(s) der Ungevesteten Anteile (Gesellschaft und/oder die übrigen Gesellschafter) und (iii) die Höhe der Vesting-Gegenleistung zu benennen.

16.5.3 Der Versender der Vesting-Mitteilung hat der Gesellschaft den Eintritt der Vesting-Bedingungen unverzüglich mindestens in Textform gemäß § 126b BGB mitzuteilen.

- 16.6 Die „Vesting-Gegenleistung“ entspricht dem Nominalwert der Ungevesteten Anteile, die Gegenstand der Vesting-Übertragung sind. Die Zahlung der Vesting-Gegenleistung hat grundsätzlich innerhalb von zehn (10) Bankarbeitstagen nach dem Wirksamwerden der Vesting-Übertragung zu erfolgen.
- 16.7 Sämtliche Gesellschafter und die Gesellschaft erklären bereits hiermit ihre Zustimmung zu einer etwaigen Vesting-Übertragung nach Maßgabe dieser Ziffer 16 und verzichten auf jedwede Andienungs-, Vorerwerbs- oder Mitverkaufsrechte oder damit vergleichbare Rechte im Zusammenhang mit einer Vesting-Übertragung nach Maßgabe dieser Ziffer 16. Soweit dies nach dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag oder sonst erforderlich ist, sind alle Gesellschafter nach Zugang der Vesting-Mitteilung beim Vesting-Veräußerer bzw. nach Information der Gesellschafter über den Versand der Vesting-Mitteilung durch die Gesellschaft verpflichtet, soweit dies von vorstehender Zustimmungserklärung nicht schon erfasst sein sollte, (i) durch Gesellschafterbeschluss der jeweiligen Abtretung der Ungevesteten Anteile, die Gegenstand der Vesting-Übertragung sind, zuzustimmen und (ii) auf jedwede Andienungs-, Vorerwerbs- oder Mitverkaufsrechte oder damit vergleichbare Rechte zu verzichten.
- 16.8 Erhebt der Vesting-Veräußerer Klage mit dem Ziel festzustellen, dass ein Leaver Event, in Bezug auf den Vesting-Veräußerer nicht vorliegt bzw. nicht eingetreten ist, wird die Vesting-Übertragung der Ungevesteten Anteile, die Gegenstand der Vesting-Übertragung sind, dennoch mit Zugang der Vesting-Mitteilung – d.h. unabhängig von der Klageerhebung durch den Vesting-Veräußerer – wirksam. Für den Fall einer rechtskräftigen Entscheidung zu Gunsten des Vesting-Veräußerers wird die Vesting-Übertragung Zug-um-Zug gegen Rückzahlung der an den Vesting-Veräußerer gezahlten Vesting-Gegenleistung rückabgewickelt. Ist eine Rückabwicklung möglich und wird sie auch tatsächlich durchgeführt, sind weitergehende Ansprüche des Vesting-Veräußerers, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen.

17 Veröffentlichungen der Gesellschaft

- 17.1 Die Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.

18 Tod eines Gesellschafters

- 18.1 Stirbt ein Gesellschafter, so wird die Gesellschaft mit seinen Erben oder Vermächtnisnehmern unabhängig von deren Person und unbeschadet der nachstehenden Rechte der Gesellschaft fortgesetzt. Die Vorschriften einer etwaigen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern bestehenden Gesellschaftervereinbarung bleiben hiervon unberührt.
- 18.2 Die Erben oder Vermächtnisnehmer des verstorbenen Gesellschafters sind verpflichtet, die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter von dem Übergang der Geschäftsanteile unverzüglich, spätestens innerhalb von drei (3) Monaten nach dem Tod des Gesellschafters, schriftlich zu unterrichten. Die Geschäftsführung kann weitere Nachweise verlangen; für den Nachweis der Erbfolge gilt § 35 GBO entsprechend. Bis zum Nachweis der Erbfolge ruht das Stimmrecht der Erben und Vermächtnisnehmer und gelten Erklärungen der Gesellschaft sowie Erklärungen anderer Gesellschafter, die gegenüber einem der Erben abgegeben sind, als allen Erben und Vermächtnisnehmern zugegangen.
- 18.3 Gehen Geschäftsanteile im Wege der Erbfolge (gesetzlich oder gewillkürt) auf mehrere Personen über, so haben diese innerhalb einer Frist von drei (3) Monaten ab dem Tod des Gesellschafters einen gemeinsamen Vertreter zur Ausübung aller sich aus der Gesellschafterstellung ergebenden Rechte und Pflichten zu bestellen. Bis dahin ruht ihr Stimmrecht und gelten Erklärungen der Gesellschaft sowie Erklärungen anderer Gesellschafter, die gegenüber einem von ihnen abgegeben sind, als allen zugegangen. Als gemeinsamer Vertreter im Sinne dieser Bestimmung kommen ausschließlich Testamentsvollstrecker, Angehörige von beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteter Berufe oder andere Gesellschafter in Betracht. Gleiches gilt für Minderjährige bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

19 Wettbewerbsverbot

Den Gesellschaftern ist es während der Beteiligung an der Gesellschaft und für einen Zeitraum von einem (1) Jahr nach dem Ausscheiden aus der Gesellschaft untersagt, in den Ländern, in denen die Gesellschaft oder eine Tochtergesellschaft im Zeitpunkt des Ausscheidens des Gesellschafters aus der Gesellschaft tätig ist oder konkret beabsichtigt tätig zu werden, in selbständiger, unselbständiger oder sonstiger Weise für ein anderes Unternehmen oder eine andere Person tätig zu sein oder zu werden, das/die mit der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft in direktem oder indirektem Wettbewerb steht („Wettbewerber“). In gleicher Weise ist es ihnen untersagt, selbst oder mittelbar durch Dritte, für eigene oder fremde Rechnung solche Unternehmen zu errichten, sich an solchen zu beteiligen (ausgenommen sind Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen zum Zwecke

der privaten Vermögensanlage) oder in anderer Weise unmittelbar oder mittelbar in Wettbewerb zu der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft zu treten, insbesondere durch aktives Abwerben von Kunden der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft oder von Personen, die in einem Anstellungsverhältnis mit der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft stehen.

20 Schlussbestimmungen

- 20.1 Der Gerichtsstand für alle Ansprüche aus und im Zusammenhang mit diesem Gesellschaftsvertrag ist, soweit gesetzlich zulässig, am Sitz der Gesellschaft.
- 20.2 Soweit nicht die notarielle Beurkundung gesetzlich vorgeschrieben ist, bedürfen alle Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern oder zwischen der Gesellschaft und Gesellschaftern, welche die Beteiligung der Gesellschafter in der Gesellschaft betreffen, zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf die Einhaltung dieser Bestimmung.
- 20.3 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, oder sollte dieser Gesellschaftsvertrag eine unbeabsichtigte Lücke aufweisen, soll dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages nicht berühren. Vielmehr sind die Gesellschafter verpflichtet, anstelle der ungültigen oder fehlenden Bestimmung eine solche Bestimmung zu vereinbaren, wie sie sie vernünftigerweise vereinbart hätten, hätten sie beim Abschluss dieses Vertrages die Unwirksamkeit oder das Fehlen der betroffenen Bestimmung erkannt.
- 20.4 Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten (die gesetzlichen Notar- und Gerichtsgebühren, die Kosten der Bekanntmachung der Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister, die Gebühren für die Eröffnung des Gesellschaftskontos und ggf. der Verbuchung der Einzahlungen auf die geschuldeten Gesellschaftereinlagen sowie etwaige Beratungshonorare eines Rechtsanwalts und/oder Steuerberaters für die Gründungsberatung) bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von EUR 2.500,00. Alle darüber hinausgehenden Gründungskosten tragen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligung.

Hiermit beglaubige ich die inhaltliche Übereinstimmung der in dieser Datei enthaltenen Bilddaten (Abschrift) mit dem mir vorliegenden Papierdokument (Urschrift).

Musterstadt, den 12.07.2025

Dr. Muster, Notar